

Donnerstag, 14. März 2024

Rente und Homeoffice: Service wird ausgeweitet

Rente, Kindergeld und Homeoffice: In der Drei-Länderregion von Deutschland, Frankreich und der Schweiz kämpfen zahlreiche Grenzgänger ungeachtet von Fortschritten mit bürokratischen Hürden. Die Beratungsstellen des Infobest-Netzwerks auf beiden Seiten des Rheins verstärken deshalb ihre Beratung. Expertinnen und Experten helfen neuerdings auch beim Ausfüllen von Anträgen. Das sagte der Digitalreferent des Projekts Infobest 4.0, Michael Großer, anlässlich eines Treffens von rund 50 Partnern aus den drei Nachbarländern am Donnerstag in Straßburg.



Ein Schild nahe der deutsch-französischen Grenze in Breisach weist auf den nahen Grenzübergang hin. © Philipp von Ditfurth/dpa

Es gebe mehr Interesse an Regelungen zum Homeoffice, sagte Großer. «Es kommen mehr Bürger und Bürgerinnen zu uns.» Es gebe in dem Bereich eine Verbesserung: Beschäftigte können bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten in Telenarbeit mehr als früher im Homeoffice arbeiten, ohne dass sich dadurch etwas an ihrer Sozialversicherungspflicht ändert. «Wenn ein Arbeitnehmer in Frankreich wohnt und in Deutschland beschäftigt ist, kann er im Homeoffice arbeiten, wenn er knapp unter 50 Prozent bleibt.»

Grundlage der erleichterten Bedingungen ist ein Übereinkommen, das Deutschland mit 17 Ländern unterzeichnete - darunter sind sämtliche Nachbarstaaten außer Dänemark. Vorher war es so, dass die Sozialversicherung des Wohnsitz-Landes gegriffen hat, wenn der Beschäftigte dort mehr als 25 Prozent im Homeoffice arbeitete.

Das Infobest-Netzwerk hat vier Beratungsstellen am Oberrhein. Träger sind unter anderen das Land Baden-Württemberg, der französische Staat und grenznahe Schweizer Kantone. Viele Fragen von Menschen, die im benachbarten Ausland arbeiten, betreffen die Rente und die Sozialversicherung, wie Großer sagte. Die Beratung ist kostenlos. Probleme bereiten immer wieder Sprachbarrieren, schwierige grenzüberschreitende Antragsverfahren und fehlende Ansprechpartner bei den nationalen Behörden, wie Infobest berichtete.

Im Oberrheinraum fahren den Angaben zufolge rund 100'000 Menschen über eine Staatsgrenze zur Arbeit. Allein rund 36'200 von ihnen sind von Baden in die Schweiz unterwegs. Aus dem Elsass kommen rund 24'000 Pendler nach Deutschland - in umgekehrter Richtung überqueren aber nur etwa 1'000 Beschäftigte den Rhein, um im Elsass zu arbeiten. Bei den Zahlen sind Arbeitnehmer berücksichtigt, aber keine Selbstständigen, wie Großer sagte.

Der Experte wies auf Sozialversicherungsprobleme im Grenzgebiet hin. Schwierig sei mitunter die Lage von Kindern bei Scheidungen. Da es in Frankreich keine separate Krankenversicherungskarte für Kinder gebe, könne deren medizinische Versorgung Probleme bereiten, falls nur ein Elternteil eine französische Karte habe und das Paar getrennt lebe. «Das Wohl eines Kindes kann deutlich eingeschränkt werden», sagte Großer, denn Arztbesuche müssten notfalls erst einmal bezahlt werden. «Das Problem besteht seit Jahren, und es gibt bisher keine Lösung», lautete sein Fazit.

© dpa-infocom, dpa:240314-99-333454/3

Quelle: dpa Baden-Württemberg

Hinweis: ZEIT ONLINE hat diese Meldung redaktionell nicht bearbeitet. Sie wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen.